

## Workshop „Kleine Kommunen – großer Klimaschutz!“ Pullach, 23. November 2009

### Protokoll der Abschlussdiskussion „Perspektiven des kommunalen Klimaschutzes in kleinen und mittleren Kommunen“

#### 1. Ausgangsfragestellungen

Für die Diskussion wurden folgende Ausgangsfragen formuliert:

##### Ausgangsfrage

- Haben kleinere Kommunen besonders große Chancen im Klimaschutz erfolgreich zu sein?  
Was spricht dafür? Was spricht dagegen?

##### Weitere Leitfragen für die Diskussion

- Welchen regionalen Mehrwert können kleine Kommunen durch kommunalen Klimaschutz generieren?  
Klimaschutz als Wirtschaftsfaktor?  
Wie profitieren die Kommunen konkret?
- Worin müssen kleine und mittlere Kommunen besonders stark unterstützt werden, um Klimaschutz sinnvoll betreiben zu können und konkrete Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen?
- Wie können Kommunen kooperieren, um Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen?
- Was halten kleine und mittlere Kommunen von Klimaschutz als kommunaler Pflichtaufgabe?

Fotos: DUH, Carola Monix



## 2. Diskussionsergebnisse

Haben kleinere Kommunen besonders große Chancen erfolgreichen Klimaschutz zu betreiben?

Was spricht dafür?	Was spricht dagegen?
<p>Die Teilnehmer betonen, dass <b>kleinere Kommunen näher an den Bürgern sind</b> und durch diese Bürgernähe auch eine höhere Motivation entstehen kann, wenn es um den Umbau der Energieversorgung geht.</p>	<p>Chronischer <b>Personalmangel</b> und Aufgabenhäufung in kleineren Kommunen, obwohl man für spezielle Energiefragen Fachleute in den Kommunen benötigen würde, z.B. für die fachliche Begleitung einer Contractingausschreibung. Zum Personalmangel kommt also ein <b>Kompetenz-Mangel</b> in den Kommunalverwaltungen kleinerer Kommunen hinzu.</p>
<p>Bürgernähe und <b>kurze Kommunikationswege</b> ermöglichen die schnellere Umsetzung von wirksamen Klimaschutzmaßnahmen.</p>	<p>Klimaschutz in kleineren Kommunen ist oft von wenigen Personen abhängig. Wenn politische Entscheidungsträger, besonders die BürgermeisterInnen, blockieren, dann bleiben sinnvolle Klimaschutzmaßnahmen aus. <b>Lösungsansätze:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wenn sich vor Ort schon Gleichgesinnte beispielsweise in einem Solarverein organisiert haben, müssen diese Personen sich immer wieder präsent zeigen in der Gemeindeverwaltung und besonders beim Bürgermeister. (Beispielsweise sind Ehrenamtliche bei der Erstellung eines Dachkatasters für Solaranlagen auf Zuarbeit aus der Verwaltung angewiesen; Wenn diese Zuarbeit unterbleibt, muss beim Bürgermeister interveniert werden);</li> <li>• Organisation eines gemeinsamen Antrags aus dem Gemeinderat heraus, der die Verwaltung verpflichtet; Klimaschutzmaßnahmen anzugehen,</li> <li>• Immer wieder darauf verweisen, dass Ansprechpartner in regionalen Energieagenturen – sofern diese existieren - oder kompetenten Ingenieurbüros hinzugezogen werden können, wenn es um</li> </ul>

	<p>Fragen der Energieversorgung geht und die Fachkompetenz in der eigenen Verwaltung nicht vorhanden ist.</p>
<p>„<b>Wir-Gefühl</b>“ scheint in kleineren Kommunen ausgeprägter zu sein. Man identifiziert sich schneller mit Projekten wie z.B. der Geothermieanlage in Pullach oder der „Dorfheizung“ in Wildpoldsried und Skeptiker werden zu Befürwortern, weil sie sich in einer kleinen Gemeinde dem Erfolg nicht entziehen können. Kritische Bürger sind in kleinen Kommunen schneller zu überzeugen, wenn sie sehen, dass ein Konzept die Gesamtkommune voran bringt.</p>	
<p><b>In kleinere Kommunen gibt es tendenziell weniger große Industriebetriebe und damit große CO<sub>2</sub>-Emittenten.</b> Dass wirkt sich positiv auf die CO<sub>2</sub>-Gesamtbilanz der Kommune aus. CO<sub>2</sub>-neutrales Wirtschaften wird wesentlich einfacher.</p>	
<p>Ein Energieversorgungskonzept, das auf der Grundlage von erneuerbaren Energien basiert, kann zum <b>Standortfaktor</b> gerade für kleinere Kommunen werden. (z.B. möchte die in Pullach ansässige Firma Linde AG – u.a. Herstellung von Industriegasen - sich an das vorhandene aus Geothermie gespeiste Fernwärmenetz anschließen lassen)</p>	
<p>Zukünftig könnten gerade kleinere Kommunen in strukturschwachen Gebieten mit einem „Vorrat“ an Gewerbebrachen die Chance nutzen und die Umsetzung <b>CO<sub>2</sub>-neutraler Gewerbegebiete</b> propagieren. Damit könnten auch vor allem Großunternehmen angezogen werden, die in Zukunft verstärkt auf CO<sub>2</sub>-neutrale Produktion oder Dienstleistung setzen. Allerdings müssen vor Ort dann auch in kleineren Kommunen logistische Voraussetzungen vorhanden sein, damit sich Unternehmen tatsächlich neu</p>	

ansiedeln.  
Die Möglichkeit der CO<sub>2</sub>-neutralen Energieversorgung über die Standortkommune könnte allerdings ein ausschlaggebender Entscheidungsfaktor für Unternehmen sein, zumal die planungsrechtlichen Restriktionen in kleineren Kommunen für die Umsetzung von Energiekonzepten in der Regel geringer sind.

### 3. Weitere Diskussionspunkte

- **Klimaschutz als Wirtschaftsfaktor**

Zumindest in den Kommunen im Bundesland Bayern wird Klimaschutz und die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien verstärkt auch unter wirtschaftlichen Aspekten in den Stadt- und Gemeinderäten diskutiert. Gerade im ländlichen Raum haben sich die ansässigen Landwirte sehr früh am Leitbild „vom Landwirt zum Energiewirt“ orientiert.

Beispielsweise im Allgäu, einer Region, in der die Milchviehhaltung und –produktion die Landwirtschaft lange geprägt haben, findet aufgrund des Verfalls der Milchpreise gezwungenermaßen eine Umorientierung der dortigen Landwirte statt.

Gerade die Nutzung erneuerbarer Energien wird zunehmend auch als Standortfaktor begriffen, um die Wertschöpfung in den Kommunen zu halten (siehe Argumentation in der Tabelle oben).

Trotzdem wird Klimaschutz in vielen Kommunen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit gerade vor den Hintergrund einer angespannten kommunalen Haushaltslage und mangelnden oder einbrechenden Steuereinnahmen diskutiert. Im Workshop wurde detailliert auf Finanzierungsmöglichkeiten für Kommunen eingegangen. Einen sehr fundierten aktuellen Überblick bietet hier folgende Seite der Deutschen Energieagentur (dena) : <http://www.energieeffiziente-kommune.de/energiemanagement/finanzieren-planen/finanzierung-foerderung/>

- **Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für den kommunalen Klimaschutz**

Lobbyarbeit für Klimaschutz bei kommunalen Entscheidungsträgern und auch in der Bürgerschaft ist z.T. nach wie vor schwer, da der Klimawandel auch nach den eindringlichen Warnungen des IPCC aus dem Jahr 2007<sup>1</sup> und in der Folgezeit

<sup>1</sup> Allgemeinverständlich formulierte Hintergrundinformationen hierzu finden sich beispielsweise in: Umweltbundesamt (UBA) [Hrsg.]: Klimaänderung – Wichtige Erkenntnisse aus dem 4. Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen der Vereinten Nationen (IPCC), Stand 2009

angezweifelt und nicht als anthropogen sondern als nicht vom Menschen beeinflusstes Naturphänomen angesehen wird.

Im Vordergrund kommunaler Aktivitäten stehen Aspekte wie Einsparmöglichkeiten in Anbetracht dauerhaft hoher Energiepreise fossiler Energieträger und die Generierung eines regionalen Mehrwerts durch die Nutzung erneuerbarer Energien.

Kommunale Entscheidungsträger lassen sich vor allem durch wirtschaftliche und nicht durch „idealistische Argumente“ überzeugen.

Aus diesem Grund sollte man auch eher wirtschaftlich argumentieren, wenn man gerade in kleinen Kommunen klimaschonende Maßnahmen umsetzen will und den Klimaschutz als „schönen Nebeneffekt“ von Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Energieversorgung begreifen lernen, argumentiert ein Teilnehmer. Allerdings muss man bedenken, dass diese Argumentation gerade unter wirtschaftlichen Aspekten zu kurz greift, weil sie die volkswirtschaftlichen Folgekosten des Klimawandels ausblendet, unter der zukünftig Kommunen direkt oder indirekt zu leiden haben werden (vgl. z.B. Stern-Report aus dem Jahr 2006). Manche sind beispielsweise von extremen Wetterereignissen wie Fluten direkt betroffen, andere werden durch die Umschichtung von Steuergeldern zur Finanzierung von Umweltfolgekosten, die durch den Klimawandel entstehen, herangezogen werden.

Insofern ist es nicht abwegig, auch kommunale Entscheidungsträger auf die möglichen gravierenden Folgen eines ungebremsen Klimawandels aufmerksam zu machen, denn ihre Infrastrukturentscheidungen wirken sich nur scheinbar allein auf das unmittelbare kommunale Umfeld aus. In Wirklichkeit ist der Umbau der Energieversorgung – wozu Kommunen einen wesentlichen Beitrag leisten können – nicht nur eine ökonomische Frage sondern ein Baustein im globalen Klimaschutz.

Diese Tatsache zu ignorieren, würde heißen, Kirchturmpolitik anstatt weitsichtiger Daseinsvorsorge – was kommunaler Klimaschutz im besten Sinne ist – zu betreiben und sich einer Menschheitsaufgabe zu verschließen.

#### **4. Abschließendes Fazit**

Auch in Pullach i. Isartal bestätigen die Teilnehmenden, dass das Thema „Klimaschutz“ in kleinen und mittleren Kommunen angekommen ist und dort zum Teil schon sehr detailliert an der Umstellung auf eine zukunftsfähige Energieversorgung gearbeitet wird.

Der Workshop hat auch nochmals deutlich gemacht, dass die Themen Energiemanagement und Energieeffizienz zumindest in den ambitionierten Kommunen als Bausteine einer Klimaschutzstrategie begriffen werden. Gerade in der energetischen Gebäudesanierung werden die Kommunen in naher Zukunft nicht umhinkommen, zumindest die „Energiefresser“ unter ihren Liegenschaften

in Angriff zu nehmen und energetisch zu optimieren.

Der Workshop hat anschauliche Beispiele für Bürgerbeteiligung im kommunalen Klimaschutz und eine breite Öffentlichkeitsarbeit demonstriert.

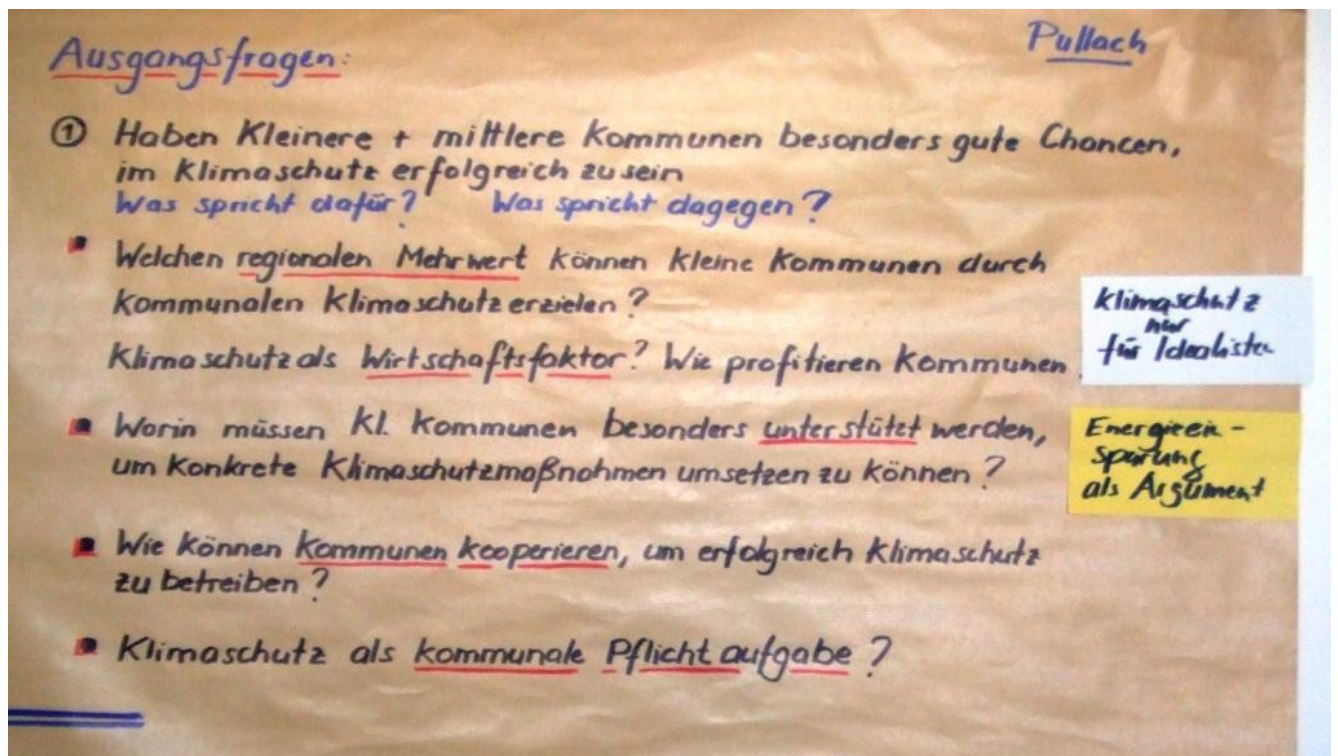
In der abschließenden Diskussion wurde allerdings kontrovers darüber diskutiert, ob Klimaschutz wirklich als Motivationsfaktor taugt, um kommunalpolitische Entscheidungsträger und Bürgerinnen und Bürger zum Handeln zu animieren. Zumindest einige Teilnehmer merkten kritisch an, dass viele Vertreter der Kommunalpolitik und –verwaltung das Thema Klimaschutz mittlerweile trotz staatlicher Förderprogramme klein reden und nicht weiter auf die kommunale Agenda setzen wollen.

Viel überzeugender sei es, mit wirtschaftlichen Argumenten für Energiesparmaßnahmen und den Einsatz erneuerbarer Energien zu plädieren. Ein Versäumnis dieser Argumentationsweise ist allerdings die volkswirtschaftliche Perspektive, die berücksichtigt, dass die Eindämmung des Klimawandels auch die zukünftigen Kosten für Kommunen, die die Folgen des Klimawandels zu tragen haben, minimieren wird.

Es wäre bedenklich, wenn sich kommunale Entscheidungsträger dieser Sichtweise vollkommen verschließen, auch wenn zunächst kommunalwirtschaftliche Gesichtspunkte im Vordergrund von Investitionsentscheidungen für erneuerbare Energien und effiziente Energienutzung stehen mögen.

## Workshop „kleine Kommunen – großer Klimaschutz!“ – Fotoprotokoll

### 1. Ausgangsfragestellungen



Ergebnisse siehe folgende Seite.

## 2. Ergebnisse der Diskussion

